Nummer 462

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 31

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Freitag, 3. Oktober 1930

Die Spannungen im Völkerbunde.

Ein Rückblick auf Genf. — Ueberall Gegensätze. — Hendersons Sieg über Briand.

my Genf, 2. Oktober.

Die Genfer Redesintflut, die nie so stark wie in diesem Jahre war, hat sich verlaufen. Man kann nicht sagen, daß die Ueberschwemmung den Boden der internationalen Politik befruchtete, eher könnte man behaupten, daß sie wie einer der wilden Schweizer Gebirgsbäche Verwüstung, Trümmer und Zerstörung hinter sich gelassen hat.

Die Völkerbundsvollversammlung hat zwar auf den 14 Arbeitsgebieten des Bundes und in den über hundert Einzelfragen Entschließungen gefaßt und Berichte verabschiedet; aber es kommt weniger darauf an, was in dieser oft mühsam weitergequälten Kleinarbeit geschehen ist, als darauf, in welchem Geist und mit welchen Erfolgen sich die allgemeine weltpolitische Aussprache abspielte. So wild manchmal der Verlauf der Beratungen war, so groß die Probleme auch erschienen sein mögen, die man behandelte, es bleibt doch eine Tatsache: über die Existenzfragen der Welt, über die Arbeitslosigkeit, die internationale Verschuldung, die Reparationen, die Bewegung in Asien, die Revision des unhaltbar gewordenen augenblicklichen europäischen Zustandes verlor man kein Wort. Und weil man diesen Kernfragen fernblieb, über sie hinwegging oder sie vermied, blieb nichts anderes übrig, als ihre Wirkung festzustellen: Gegensätze, Gegensätze, Gegensätze.

Dabei herrschte ein merkwürdiges Durcheinander der Gruppierungen. Es ist nicht leicht, durch diese politischen und wirtschaftlichen Frontverschiebungen, wie sie der Genfer September gebracht hat, hindurchzusehen, und gerade das verstärkt den Eindruck der allgemeinen Konfusion, mit der die 11. Völkerbundsvollversammlung abschließt.

Am härtesten sind zweifellos die Gegensätze in der Abrüstung aufeinandergeprallt. Das Nebeduell Briand—Curtius in den letzten Tagen war der für die Oeffentlichkeit hörbare Donner, welcher der elektrischen Spannung folgte, die durch den französisch-italienisch-englischen Konflikt in der gesamten Abrüstungsfrage aufgespeichert wurde. Grandi und Briand und ihre Flottenfachverständigen haben in Genf die erlöschende Formel für die Stärke der Mittelmeerflotten nicht gefunden trotz eifrigster englischer Vermittlung.

Die Tagung des Abrüstungsvorausschusses im November beginnt also unter schlechten Vorzeichen. Man sagt schon jetzt neue Stürme voraus, die es unmöglich machen werden, daß die Weltabrüstungskonferenz im Jahre 1931 noch zustandekommt.

Briand hat der These Hendersons „ohne Abrüstung keine Sicherheitsverträge mehr" das Wort entgegengesetzt „gegenseitiger Garantievertrag, sonst keine Abrüstung". Damit ist eine Kluft aufgerissen, die kaum zu überbrücken sein wird und in der schon jetzt die früheren deutschen Vorschläge für Vorbeugungsmaßnahmen zur Kriegsverhinderung, die Pläne für die Kontrolle der Rüstungsindustrie und des Waffenhandels verschwunden sind. Es mag sein, daß Briand heute noch glaubt, die alten Ideen des Genfer Protokolls, die er mit seinem „gegenseitigen Garantievertrag" meint, bei den kommenden Europaverhandlungen durchdrücken zu können. Aber wie steht es denn um die Paneuropa-Idee?

Die Genfer Verhandlungen haben Briand wohl einen paneuropäischen taktischen Sieg gebracht, weil sie ihm seinen „Studienausschuß für die Paneuropa-Union" gaben;

der strategische Sieg aber ist in den Händen der Engländer geblieben, welche die Front der Antieuropastaaten anführen, und zu diesem Antieuropa gehören nicht nur die Dominions, die Südamerikaner und die asiatischen Ueberseestaaten, es gehören zu ihm auch eine ganze Reihe europäischer Länder, die entweder mit den politischen Zielen Frankreichs, oder mit den wirtschaftlichen Wünschen nach einer europäischen Zollunion nicht einverstanden sind.

Politisch, wenigstens in der Form eines neuen Sicherheitsvertrages, hat die Europa-Union nur die Gefolgschaft Frankreichs, Polens, Rumäniens. Alle anderen Europäer lehnen diese Absichten ab, sogar die Jugoslawen und Tschechoslowaken. Wirtschaftlich sagen die Europäer fast ohne Ausnahme, Ja, jedoch hat jeder ein anderes Aber. Die Agrarstaaten sind untereinander nicht einig. Die Vorzugszölle, die sie von den mitteleuropäischen Staaten verlangen, stoßen auf scharfen Widerstand der freihändlerischen Küstenstaaten. Italien und Spanien wollen ihre Verbindung zu den Ueberseeländern, die auch politischer Natur sind, nicht aufgeben, und am schärfsten hat England sein Nein zum Wirtschaftseuropa gesprochen. Vielleicht wäre doch eine Hoffnung, diese Gegeneinander der Interessen auszubalanzieren, wenn nicht die Ueberseestaaten ohne Ausnahme diesem werdenden Europa von vornherein den Kampf angekündigt hätten.

Gerade diese Kampfansage ist ernst zu nehmen, weil sie ja nicht nur unmittelbar die europäischen Einigungsbestrebungen trifft, sondern heute schon den Völkerbund, in welchem sich die Europaverhandlungen vollziehen müssen, in zwei große Lager gespalten hat. Wenn Briands Europavorschlag außerhalb des Bundes ein neues Gebilde entstehen lassen wollte und damit in seiner Grundabsicht völkerbundsfeindlich war, so ist die jetzige Uebertragung der Europa-Arbeiten auf den Völkerbund für den Bund ein Danaergeschenk, weil es ihn mit der Zeit von innen heraus sprengen muß. Man muß abwarten, welchen Einfluß das Aufeinanderplatzen Europas und Ueberseeos auf die kommenden britischen Zollverhandlungen während der Londoner Reichskonferenz haben wird.

Es ist kein Wunder, daß die so scharf zuinge getretenen Meinungsverschiedenheiten bei den Abrüstungsverhandlungen, bei den Europaberatungen und Wirtschaftsbesprechungen auch auf Nebengebieten des Völkerbundes ihre Wirkungen ausübten. Die Einigkeit bei der Behandlung der Minderheitenfrage war nicht größer. Auch hier wieder die alten, längst bekannten Gegensätze.

Nicht einmal die Reform des Völkerbundssekretariats ist geglückt und mußte vertagt werden, weil die Ansprüche der kleinen und großen Mitgliedsstaaten nach Einfluß auf die Verwaltung des Bundes nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen waren.

Die Völkerbundsdiplomatie hat es natürlich verstanden, alle diese Risse mit papiernen Entschließungen zu überdecken. Nirgends hat man das Scheitern oder den Zerfall der großen Vorsätze und Gedanken offen zugegeben. Man hat sogar für die kommenden Wirtschaftsverhandlungen ein großes, weitausgreifendes Programm aufgestellt, das jedoch voll innerer Widersprüche ist, und hat den Abkommensentwurf für die finanzielle Unterstützung angegriffener und bedrohter Staaten verabschiedet. Aber selbst dieser einzige wirkliche Fortschritt ist wieder an die Regelung der großen Abrüstungsfrage geknüpft und deshalb praktisch wirkungslos.

Die 11. Völkerbundsversammlung ist nicht nur stehen geblieben, sie deutet den Beginn eines Zersetzungs- und Auflösungsprozesses an, dessen Ende und Ergebnis noch nicht abzusehen ist. Sie war ein Kampf aller gegen alle in sämtlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen und sie war gerade dadurch ein Beweis, wie stark die Spannungen überall geworden sind.

Der Hexensabbat in Prag.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Teplitz in Böhmen, 1. Oktober.

Die haßvollen Wutausbrüche des tschechischen Pöbels in Prag — nach dem Worte des sehr ehrenwerten Prager Oberbürgermeisters Baxa „die deutschfeindlichste Stadt der Welt" — haben in der deutschen Oeffentlichkeit wie ein Donnerschlag gewirkt, selbst in jenen Kreisen, die Rosenöl und Kölnischwasser für das feindliche Ausland, für die eigenen deutschen Volksgenossen aber nur Gift und Galle übrig haben. Für unsere deutschböhmischen Brüder jedoch ist das keine Ueberraschung gewesen; denn sie kennen den haßvollen Vernichtungskampf des tschechischen Todfeindes, dessen Methoden und Mittel zur Unterdrückung des Deutschtums viel tückischer und gefährlicher sind als die klirrenden Fensterscheiben an den deutschen Kulturhäusern in Prag. Derartige Dinge können hier nicht mehr überraschen. Viel mehr jedoch jene Tatsache, daß der preußische Staat Verhandlungen mit dem tschechischen Großindustriellen Baxa führt, um diesem Tschechen, noch dazu nahe an der deutsch-tschechischen Grenze, 5000 Morgen deutschen Grund und Bodens zu verkaufen. Damit dieser nationaltschechische Großindustrielle eine große Schuhfabrik gründen, deutsche Fabriken, deutsche Handwerker und deutsche Arbeiter brotlos machen könne! Hier in den geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten der sogenannten Tschechoslowakei vergeht kaum eine Woche, wo nicht den Deutschen wegen ihres Deutschtums Grund und Boden enteignet und um ein Butterbrot tschechischen Chauvinisten zugeteilt wird. Wo langsam aber sicher der tschechische Staat an den Grenzgebieten deutsches Besitztum enteignet und in die Staatsgewalt bringt, um unter liebevoller französischer Mitwirkung einen festen eisernen Gürtel um Deutschland legen und dem verhaßten Lande die Luft abschnüren zu können. Wo deutsche Schulen geschlossen, deutsche Kinder in tschechische Schulen gepreßt, deutsche Beamten schikaniert und entlassen, deutsche Unternehmer und Arbeiter geknebelt und entrechtet werden und die Deutschen vogelfrei sind. In Berlin haben sich diese Dinge, die selbst in London, in New York, in Madrid und Buenos Aires die Spatzen von den Dächern pfeifen, anscheinend noch nicht herumgesprochen. Wenigstens muß man es glauben, da, was hier männiglich bekannt ist, der wackere deutsche Gesandte in Prag so wenig Gehör und Unterstützung in der Berliner Wilhelmstraße findet, daß er sich nicht so durchzusetzen vermag, wie er es möchte und könnte.

Indessen, ein Gutes werden, so hofft man hier, die klirrenden Fensterscheiben in Prag, das demolierte Deutsche Haus auf dem Graben doch gehabt haben. Die weitesten Kreise im Deutschen Reich werden erkennen, daß dieser Staat von Versailles Gnaden, der mit dem Wortungeheuer „Tschechoslowakei" bezeichnet wird, kein rein tschechisches Siedlungsgebiet ist, und daß hier auch Deutsche wohnen: Nicht die schlechtesten Deutschen sind es, diese 3½ Millionen deutsche Volksgenossen, die seit Jahrzehnten einen entsagungsvollen, verdienstlichen und erbitterten Kampf gegen das Tschechentum geführt haben. Man wird auch im Deutschen Reiche erkennen, daß die sogenannte Tschechoslowakei ein wahrer Völkerbund ist, dem außer Tschechen Slowaken, Polen, Rumänen, Ungarn zwangsmäßig einverleibt sind, außer den 3½ Millionen Deutschen: Bisher haben diese wackeren deutschen Brüder in der Tat sehr wenig die Unterstützung der deutschen Oeffentlichkeit erfahren. Sie verlangen nicht nach materieller Unterstützung, sondern sind manns- und opferbereit genug, für ihr Deutschtum harte und schwere Opfer zu bringen, nicht nur an Gut und Besitz, sondern, das haben sie wiederholt bewiesen, auch durch Hingabe ihres Blutes und Lebens. Sie brauchen aber die moralische Unterstützung, sie brauchen die Liebe der Deutschen im Reiche und das sichere Bewußtsein der blutsbrüderlichen Verbundenheit. Gewiß, die deutschen Zeitungen, soweit sie bewußt deutsche Politik treiben, haben sich der heiligen Sache des sudetendeutschen Volkstums angenommen. Manche freilich zaghaft und zögernd, während namentlich die deutsche Linkspresse auch in der sudetendeutschen Frage stets geneigt ist, nur die tschechischen Klassengenossen zu unterstützen, jene tschechischen Sozialdemokraten, die sich von den tschechischen Chauvinisten ebenso unterscheiden wie ein Ei vom andern. Hat es doch vor wenigen Jahren ein großer deutscher Verlag, der auch Zeitungen herausgibt, fertiggebracht, ein Kartenwerk erscheinen zu lassen, worin alle seit Anbeginn deutschen Orts- und Städtenamen nur in der meist schlechten tschechischen Uebersetzung gedruckt sind. Wie wenig die Deutschen im Reiche von ihren sudetendeutschen Brüdern kennen, geht auch daraus schlagend hervor, daß die sudetendeutsche

140 000 Berliner Metallarbeiter vor dem Streik?

Im Reichsarbeitsministerium finden heute nachmittag unter dem Vorsitz des Sonderschlichters Bäckerß Bremen noch einmal Verhandlungen über den beabsichtigten Lohnabbau bzw. über eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Berliner Metallindustrie statt. Wie ein Berliner Mittagsblatt meldet, wird die Lage als außerordentlich ernst bezeichnet. Der Streik erscheine unvermeidlich.

Amerikanische Prosperität und europäische Krise.

Rede Hoovers vor amerikanischen Bankiers.

Cleveland (Ohio), 3. Oktober.

Auf der alle Jahre stattfindenden Versammlung der Vereinigung amerikanischer Bankiers hielt Präsident Hoover eine Rede, in der er ausführte:

Der infolge der Ueberproduktion notwendig gewordene Preisausgleich ist auf dem besten Wege, verwirklicht zu werden. Unsere wichtigsten Güter sind ungeschädigt, unsere Hilfsmittel unvermindert und unsere industrielle und kommerzielle Organisation einzig dastehend, ja besser und stärker als in den letzten zwei Jahren. Präsident Hoover ermahnte die Amerikaner, nichtabzuwarten, bis die übrige Welt sich erholt habe, zumal ja die Wirtschaftskrise sich auf die ganze Welt erstrecke, und fügte hinzu, man müsse abermals den anderen Staaten zu Hilfe kommen und ihnen diese anbieten. Weiter erklärte Hoover: Wir werden uns vornehmlich auf unseren eigenen starken Arm verlassen müssen, da andere Nationen noch größere Schwierigkeiten haben als wir. Wir werden ihnen helfen und mit ihnen zusammenarbeiten müssen. Unsere Wareneinfuhr hängt vornehmlich von der einheimischen Prosperität ab; irgend ein Fortschritt unserer Erholung ruft die Nachfrage nach ausländischen Rohstoffen hervor und hilft dadurch sofort allen Ländern in der ganzen Welt.

Rohstoffaustausch.

EP Washington, 3. Oktober.

Die amerikanische Regierung soll gegenwärtig dem „New York Herald" zufolge das Problem einer Weltwirtschaftskonferenz prüfen, die sich in der Hauptsache mit der Organisation eines Rohstoffaustausches zu befassen hätte. Der Gedanke zu einer solchen Konferenz sei von England ausgegangen, das den Amerikanern vorgeschlagen habe, Kautschuk gegen Baumwolle auszutauschen. Japan habe sich diesem Vorschlag angeschlossen und wünsche einen Austausch von Seide gegen Baumwolle. In unterrichteten Kreisen verlautet jedoch, daß Präsident Hoover und Handelsminister Lamont Bedenken gegen diesen Plan hegen, da sie befürchten, ein direkter Rohstoffaustausch könnte eine Außenhandelskrise nach sich ziehen. Es sei auch die Frage zu prüfen, ob der innerameriksche Markt fähig sei, den bedeutenden Zufluß von Kautschuk und Rohseide aufzunehmen, der bei einer Verwirklichung der englisch-japanischen Anregung zu erwarten sei.

Briands „Willkommen" in Paris.

Ein bezeichnender Zwischenfall für das Anwachsen der Anti-Briand-Bewegung in Frankreich.

EP Paris, 3. Oktober.

Außenminister Briand und Handelsminister Flandin sind gestern abend aus Genf wieder hier eingetroffen. Da die Behörden Nachricht erhalten hatten, daß die Action Francaise eine Kundgebung gegen den Außenminister geplant hatte, wurde ein starkes Polizeiaufgebot in der Umgebung des Bahnhofs zusammengezogen. Die Zugänge zum Bahnhof und zum Bahnsteig wurden scharf bewacht. Trotzdem gelang es einem Royalisten, sich dem Außenminister zu nähern, als er dem Zug entstieg, und ihm zuzurufen:

„Elender, du bringst uns den Krieg mit, du läßt unsere Kinder durch deutsche Gase vergiften!"

Der Demonstrant, ein 35jähriger Architekt, schwerkriegsverletzt und Inhaber der Ehrenlegion, wurde sofort festgenommen. Als der Außenminister sich zu seinem Auto begab, versuchten die Royalisten in den umliegenden Straßen Demonstrationen zu organisieren. Dieser Versuch wurde aber von der Polizei im Keime erstickt. Etwa 40 Royalisten wurden festgenommen, im Verlaufe der Nacht aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Außenminister Briand wird in dem heute vormittag unter Vorsitz Doumergues stattfindenden Ministerrat über die Außenpolitik, insbesondere über die Genfer Beratungen, seine Besprechungen mit Reichsaußenminister Dr. Curtius und die Stockung in den französisch-italienischen Flottenverhandlungen Bericht erstatten. Handelsminister Flandin wird sich zu den Gefahren des sowjetrussischen Dumpings und zu den dagegen zu ergreifenden Maßnahmen äußern.

Der Ministerpräsident erklärte gestern am späten Abend den Pressevertretern, daß die Gerüchte über eine bevorstehende Aenderung in der Zusammensetzung seines Kabinetts unbegründet seien. Er werde in vollem Einvernehmen mit allen seinen Ministern vor dem demnächst zusammentretenden Parlament erscheinen.

Sozialdemokratische Sehnsucht nach Ministersitzen.

TU Paris, 3. Oktober.

Die Vereinigung der radikalsozialistischen Ausschüsse in Rouen hat beschlossen, der in den nächsten Tagen stattfindenden Generaltagung der Partei in Grenoble die Forderung vorzulegen, die radikalsozialistische Partei möge auf die Bildung einer Regierung der republikanischen Konzentration hinarbeiten, die bis ausschließlich zur Gruppe Maginot geht. In dieser neuen Regierung sollen die radikalsozialistischen Minister überwiegen und ein radikalsozialistisches Mindestprogramm zur Durchführung bringen.

Beschleunigung der französischen Festungsbauten an der deutschen Grenze.

Paris, 3. Oktober.

Die oberste beratende Kommission für die Grenzbefestigungsarbeiten hat heute unter dem Vorsitz von Kriegsminister Maginot getagt und beschlossen, die Zahl der Arbeitskräfte für die Verteidigungsanlagen zu erhöhen.

h Straßburg, 3. Oktober.

Im nördlichen Elsaß war das Baugewerbe den ganzen Sommer hindurch vollbeschäftigt. Das neue Festungsgebiet nahm alle freien Hände auf. Sogar viele Ausländer mußten zu den Befestigungsarbeiten herangezogen werden. Zahlreiche Deutsche waren nicht nur als gewöhnliche Arbeiter, sondern sogar als Werkmeister an den Festungsbauten, die doch nur gegen Deutschland gerichtet sind, tätig. Den zur Zeit ausständigen Hafenarbeitern von Lauterburg wurde bereits Beschäftigung bei der Fortifikation zugesichert.

— **Eine deutsch-russisch-polnische Eisenbahnkonferenz.** Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde am Donnerstag in Odessa eine Konferenz eröffnet, die der Regelung der Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Rußland über Polen gilt. Die Aufgabe der Konferenz besteht in der Lösung der Frage der Durchfuhr der beiderseitigen Warentransporte zwischen Deutschland und Rußland durch Polen sowie in der Ausarbeitung eines neuen direkten Verkehrstarifs für den Güterverkehr. Die Konferenz soll bis zum 10. Oktober dauern.

— **Amnestieantrag im Straßburger Generalrat.** Im Straßburger Generalrat wurde der Antrag gestellt, die im Kolmarer Prozeß verurteilten Autonomisten zu amnestieren. Der Präfekt stellte hiergegen die Vorfrage, die mit 17 : 12 Stimmen angenommen wurde. Die Sitzung verlief sehr erregt.